Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Renkold. Druck- u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft m. b. H. Tele.-Adr.: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprech-Anschluß Nr. 28

Bezugspreise: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 5.50 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 5.40 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 16.50 Mark, monatlich 5.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Petitzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Aue und dem Bezirk Schwarzenberg 80 Pfg., auswärtige Anzeigen 90 Pfg., Reklamepetitzeile 3.— Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt. Anzeigenannahme bis spätestens 9½ Uhr vorm. Für Fehler im Satz kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Aufgabe der Anzeige durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 216. | Donnerstag, den 15. September 1921. | 16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Eine Berliner Zeitung veröffentlicht Kattowitzer Insurgenten- und Regimentsbefehle vom 29. August, aus denen hervorgeht, daß von polnischer Seite ein neuer Aufstand vorbereitet wird.

Ein Abordnung des Präsidiums des Reichsbürgerrates überreichte gestern dem Reichskanzler Dr. Wirth eine Resolution des Reichsbürgerrates mit der Erklärung nach allen Richtungen versöhnend wirken und positive Mitarbeit beim Wiederaubau Deutschlands leisten zu wollen.

Nach einem Telegramm aus Riga ist dort ein britisches Geschwader von 13 Schiffen eingetroffen. Es steht unter dem Befehl des Admirals Nicholson.

Amtlich wird aus Dublin gemeldet: Der Dail Eireann hat gestern die Antwort an Lloyd George und die Ernennung von fünf Delegierten einstimmig gebilligt. Die Antwort ist noch nicht veröffentlicht worden.

Um das Memelland.

Nv. Nach dem 99. Artikel des Friedensvertrages verzichtet Deutschland zugunsten der alliierten und assoziierten Hauptmächte auf alle Rechte und Ansprüche bezüglich des Memellandes. Deutschland hat sich verpflichten müssen, die von den allierten und assoziierten Hauptmächten hinsichtlich dieser Gebiete, insbesondere über die Staatszugehörigkeit der Einwohner getroffenen Vorschriften anzuerkennen. Gemäß dem Buchstaben des Vertrages sind wir also gezwungen, alles das anzuerkennen, was die Entente über das Memelland beschließt. Das kann uns jedoch nicht hindern, die beispiellose Ungerechtigkeit, die in diesem Artikel liegt, immer wieder von neuem zu betonen. Gerade dieser Artikel 99 zeigt, daß der Friede von Versailles ein Hohn auf die Grundsätze Wilsons ist. Man hat bei Abschluß des Friedens ja nicht einmal gewußt, was mit diesem Gebiet werden solle. Man hat es lediglich von Deutschland abgetrennt, um Deutschland zu zerstückeln, und um für spätere politische Entscheidungen, die bei der Regelung der Ostverhältnisse akut werden, eine Schachfigur zu haben. Bisher ist eine Entscheidung nicht erfolgt, sondern Memel stand unter interalliierter Verwaltung. Nach den letzten Genfer Meldungen sieht es aber so aus, als ob dieser Schwebezustand beseitigt werden soll. Es hat durchaus den Anschein, als ob das Memelland das Eupen-Malmedy des Nordens werden soll Der polnisch-litauische Streit um Wilna hat den Völkerbund bereits allzulange beschäftigt. Hymanns hat verschiedene Möglichkeiten zur Lösung gesucht, die aber alle entweder am Widerstand Polens oder Litauens, oder am Widerstand beider Staaten gescheitert sind. Jetzt hat er einen neuen Köder ausgeworfen, und dieser Köder ist das Memelland. Hymanns versucht nun die Aufmerksamkeit von Wilna abzulenken, indem er die Memelfrage gleichzeitig mit in die Entscheidung über den polnisch-litauischen Streit einbezieht. Dieser belgische Vorsitzende des Schlichtungsausschusses stellt beiden Parteien für ihr Wohlverhalten etwas Memelland in Aussicht, und zwar soll Memel unter litauische Souveränität kommen, Polen soll aber das Recht haben, die Memel und den Memelhafen als zweiten Zugang zum Meere zu benutzen. Damit wären die Polen in der Lage, ihre größenwahnsinnigen Pläne der Umklammerung Ostpreußens in verstärktem Maße zu befolgen. Einstweilen scheinen die Litauer in der Einigungsformel noch ein Haar gefunden zu haben, das Charakteristische aber ist, daß sich auch der Völkerbund in keiner Weise um das Selbstbestimmungsrecht der Memeler Bevölkerung kümmert. Die übergroße Mehrheit dieser Bevölkerung will wieder zu Deutschland. Da aber diesem Willen einstweilen realpolitische Hindernisse entgegenstehen, die nicht beseitigt werden können, verlangt die Bevölkerung eine völlige Selbständigkeit. Aufs entschiedenste wehrt man sich aber dagegen, unter polnische oder litauische Staatshoheit zu kommen. Eine leicht durchführbare Befragung der Bevölkerung würde diese Auffassung in vollem Umfange bestätigen.

Polnische Wirren.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die unmögliche Behandlung der oberschlesischen Frage durch Entente und Völkerbundsrat, die Ermordung Erzbergers mit ihren gefährlichen politischen Folgeerscheinungen und der Konflikt zwischen dem Reich und Bayern haben die öffentliche Aufmerksamkeit mehr als gut ist von den Ereignissen abgezogen, die sich im Ausland in unserer unmittelbaren Nachbarschaft abspielen. Vor allem verdient die neueste Entwickelung der Verhältnisse in Polen unsere Beachtung Die Bedeutung, die das polnische Staatswesen durch seine geographische Lage und durch die französische Unterstützung andauernd für Deutschlands Wiederaufbau besitzt, macht es notwendig, die Ereignisse nicht aus den Augen zu verlieren, die sich dort abspielen. Polen ist gegenwärtig ohne Regierung. Das Kabinett Witos ist vor kurzem zurückgetreten, nachdem der Finanzminister Steczkowski auf seiner schon wiederholt eingereichten Demission endgültig bestanden hat. Der Rücktritt der Regierung ist durch die verwirrten innerpolitischen Verhältnisse und durch die unerhört ungünstige Finanzlage der polnischen Republik verschuldet. Das Kabinett Witos mußte sich, da die national-demokratischen Rechtsparteien ebenso wie die sozialistischen Linksparteien sich von der Regierung fernhielten, auf eine Koalition der Mittelparteien stützen, die nur eine schwache zahlenmäßige Mehrheit bot und dabei noch in grundlegenden innerpolitischen Fragen noch nicht einig war. Mit dem Rücktritt des Finanzministers, der aus Verzweiflung über die Unmöglichkeit, Ordnung in die zerrütteten polnischen Finanzverhältnisse zu bringen, ging, war auch für die Gesamtregierung der lange gefürchtete und von Witos immer hinausgeschobene Augenblick gekommen, daß sie mit dem Parlament nicht mehr zusammenarbeiten konnte. Die Demission war daher unvermeitlich geworden.

Die Neubildung der polnischen Regierung begegnet nun den größten Schwierigkeiten Die unglaubliche Zerrissenheit des politischen Parteilebens in Polen und das Fehlen einer großen führenden Partei, sowie das leidenschaftliche Parteigezänk verhindern anscheinend jede vernünftige Regierungsbildung. Die Erfolglosigkeit aller bisherigen Bestrebungen, zur Ordnung und zum gesunden Aufbau des Staatswesens zu gelangen, haben eine allgemeine Mutlosigkeit und Scheu vor der Regierungsverantwortung erzeugt. Es ist schon soweit gekommen, daß die Blätter der verschiedenen Parteien ernsthaft nicht blos von einer Regierungskrise, sondern schon von einer Staatskrise reden. Einzelne rufen bereits laut nach Abschaffung der Republik und Einsetzung eines Königs. Der Uebergang zur Monarchie bedeute, so führen sie aus, gegenwärtig kein kriegerisches Symbol mehr, nachdem ja auch die republikanische Verfassung Polen nicht vor dem Vorwurf des Imperialismus und der Abenteuersucht zu schützen vermocht habe. Das letztere ist wahrhaftig wahr und richtig. Die polnische Großmannssucht, die im Blute zu liegen scheint und schon in der Vergangenheit das Unglück der Polen war, hat sich auch in seiner neuesten Geschichte wieder nach allen Seiten ausgetobt. Händel in aller Welt, Krieg mit Sowjetrußland und den Randstaaten, Vergewaltigung Oberschlesiens und unzählige Vertragsbrüche gegenüber Deutschland: das sind die hauptsächlichsten Großtaten der Politik des republikanischen Polenreichs. Dazu noch im Innern der alte polnische Geist der Unordnung und Untätigkeit, der Wirrköpfigkeit und Zänkerei: — das alles mußte das neue Staatswesen schnell an den Abgrund der politischen und wirtschaftlichen Verzweiflung bringen, an dem es gegenwärtig steht. Auf das Durcheinander der Vorschläge einzugehen, die jetzt gemacht werden, um eine neue polnische Regierung zu bilden, verlohnt sich nicht. Höchstens kann man Notiz davon nehmen, daß unter den neuen Männern, die der Sejmmarschall v. Trampozynski zu gewinnen sucht, neuerdings auch der Abenteurer Korfanty genannt wird Nichts wäre bezeichnender für den Tiefstand der politischen Verhältnisse Polens, als wenn wirklich dieser in der ganzen Welt verschriene nationalistische Hetzapostel Ministerpräsident von Polen würde. Uns Deutsche interessiert bei dem allen nur zweierlei: einmal kann es uns nicht gleichgültig bleiben, wie sich die Verhältnisse in unserer unmittelbaren Nachbarschaft demnächst gestalten werden. Für uns bedeutet schon ein ruhiges Polen eine ständige Bedrohung; ein total verwirrtes, womöglich in Revolution und Aufruhr verfallendes Polenreich würde nur eine Steigerung der östlichen Gefahr für uns sein. Zum andern aber verdienen die polnischen Wirren die größte Aufmerksamkeit unserer deutschen Volksgenossen in Oberschlesien. Sie müssen alles aufwenden, um den oberschlesischen Polen die Zustände so zu schildern, wie sie tatsächlich sind. Schon jetzt nimmt in den Kreisen Pleß und Rybnik die Neigung der polnischen Arbeiter zum Anschluß an Warschau ständig ab. Es waren dabei aber bisher nur wirtschaftliche Erwägungen maßgebend. Kommen jetzt auch noch politische Gesichtspunkte dazu, so dürfte der polnischen Agitation in Oberschlesien das Wasser immer stärker abgegraben werden.

England gegen die Folgen des Marksturzes.

Die Schäden für den englischen Handel.

Wie Daily Mail berichtet, prüft die Münzkommission sorgfältig die Markfrage. Der Sturz der Mark sei danach nicht das Ergebnis der von Deutschland geleisteten Zahlungen, sondern die Unmöglichkeit, in Deutschland der Inflation Einhalt zu tun, die eine große Krankheit des festländischen Europas geworden sei. Die Folge sei, daß Deutschlands Märkte sich mehr und mehr für englische Artikel schlössen. Die britischen industriellen Verbände trügen sich ernsthaft mit der Absicht, eine Politik zu treiben, die das englische Pfund auf eine Linie zurückbringe, die den Handel mit dem Auslande wieder aufzunehmen gestatte. Daily Mail glaubt, daß eine solche Politik trotz alledem Aussicht habe, angenommen zu werden.

Frankreich und der Marksturz.

Der Kurssturz der Mark in Neuyork und infolgedessen an den europäischen Börsenplätzen beschäftigt die französische Presse lebhaft. Der Intransigeant erklärt, daß jedesmal, wenn das Geschäftsleben in Frankreich wieder aufleben wolle, der Franken und die Mark Kursstürze erleiden, während Sterling und Dollar eine Hausse erleben. Auf dem Gebiete der Finanzen seien eben England und die Vereinigten Staaten Sieger geblieben. Frankreich, Italien und Belgien seien die Geschädigten und anscheinend auch Deutschland. Aber man weiß, daß der Bankrott für Deutschland einen Sieg bedeuten würde. Nach außen hin würde Deutschland Bankrott machen, während das Geld nach dem Auslande in Sicherheit gebracht sei. In einer anderen Depesche wird erklärt, daß der Sturz der Mark auf ein politisches Manöver von Berlin (!) zurückzuführen sei. Eine Havas-Meldung erklärt, daß man in Neuyork die Baisse des Franken der Tatsache zuschreibt, daß man der Ansicht ist, Deutschland werde bereits die nächste Reparationszahlung nicht mehr leisten.

Neue Verhaftungen zum Erzbergermord

Zur Ermordung Erzbergers wird mitgeteilt: Durch das tatkräftige Zugreifen der badischen, württembergischen und bayrischen Kriminalbeamten ist es gelungen, sieben Personen, meist aktive oder Reserveoffiziere, die größtenteils der Marine angehörten, und teils seit Wochen, teils kürzere Zeit in München, angeblich zu Studienzwecken, sich aufhielten, zu verhaften, die nach dem bisherigen Ergebnis der Untersuchung in Beziehungen zu der Tat standen. Es sind dies Manfred v. Killinger, Eduard Kautter, Adolf Hofmann, Herbert Müller, Fritz Otto Henrich, Karl Schüter und Johann Lene. Manfred von Killinger wird beschuldigt, vor der Ermordung Erzbergers die Tat mit Schulz und Tillessen besprochen zu haben. Ferner hat er, um den Mördern die Flucht zu erleichtern, deren Gepäck bei sich aufbewahrt. Die übrigen Verhafteten sind verdächtig, in den Plan der beiden Täter eingeweiht gewesen zu sein, aber trotzdem keine Anzeige erstattet zu haben. Weiter sind zwei Personen festgenommen worden, denen Mitwisserschaft zur Last gelegt wird. Bis jetzt ergibt sich nicht der geringste Verdacht, daß bodenständige Münchener oder Bayern an der Vorbereitung der Tat, sowie an der Hilfe zur Flucht der Mörder beteiligt waren.

Das Vorleben der Mörder Erzbergers.

Der Lokalanzeiger berichtet über das Vorleben von Schulz und Tillessen, beide seien ein Jahr lang, vom Mai 1920 bis 1921, von der großen landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft in Regensburg zur Erlernung eines neuen Berufes als bezahlte Volontäre aufgenommen gewesen. Heinrich Schulz ist der Sohn eines verstorbenen Arztes Er hat in einer Maschinenfabrik in Saalfeld gelernt und ist 1914 als Kriegsfreiwilliger eingetreten. Er wurde zweimal verwundet. Am 11. Januar 1918 wurde er zum Reserveoffizier befördert und war u. a. Kompagnieführer und Bataillonsadjutant. Im September 1918 ist er in den Beurlaubtenstand übergetreten und war kaufmännisch tätig, bis er sich Ende April 1919 bei der Sturmkompagnie der 2. Marinebrigade meldete Bei dieser hat er an den Kämpfen in München und in Oberschlesien teilgenommen. Heinrich Tillessen ist der Sohn des verstorbenen Generalleutnants a. D Karl Tillessen. Er, das jüngste von 9 Kindern, wurde im April 1912 Seekadett und hat während des Krieges als Oberleutnant auf verschiedenen Kriegsschiffen und bei der 9. Torpedobootsflottille Dienst getan. Vom November 1918 bis Januar 1919 war er in Scapa Flow interniert. Vom Juli 1919 bis Januar 1920 war er in englischer Kriegsgefangenschaft, und vom März 1920 ab bei der 2. Marinebrigade. Die Familie Tillessen, die früher in Köln ansässig war, ist bereits 1896 nach Koblenz verzogen und hat in Köln, soweit wie bis jetzt feststeht, keinerlei verwandschaftliche Beziehungen zurückgelassen.

Die Mörder nach der Tat.

Neue Ermittelungen haben ergeben, daß am 5. August Tillessen und Schulz von München abgereist sind mit der Angabe, daß sie eine Tour in den Harz unternehmen wollten. Am 27. August früh, also am Tage nach der Ermordung Erzbergers, waren beide wieder in München. Ob sie nachts oder erst am Morgen gekommen sind, wissen die Mietgeber nicht, da sie von der Rückkehr nichts gehört haben. Weder Tillessen noch Schulz zeigten irgendwelche Aufregung. Ein Student, der neben Tillessen wohnte und ihn zufällig auf der Straße traf, brachte das Gespräch auch auf die Ermordung Erzbergers. Aber auch er hat keine Erregung bei Tillessen bemerken können. Tillessen ist bald wieder abgereist und hat nur einen kleinen Koffer zurückgelassen, in dem sich wohl jener blaue Anzug befand, den er bei der Tat getragen hat.

Maßnahmen gegen Dr. Heim.

In der Angelegenheit der Ermordung Erzbergers soll durch badische Polizeiorgane eine Haussuchung bei Dr. Heim stattgefunden, aber kein Ergebnis gezeitigt haben. Dr. Heim soll durch diese Haussuchung und die Begleitumstände aufs höchste empört gewesen sein, einmal darüber, daß er überhaupt mit dieser Sache in Verbindung gebracht wurde, dann aber auch darüber, daß außerbayrische Polizeiorgane die Haussuchung vorgenommen haben.

Eine Selbstbezichtigung.

Mehrere Berliner Blätter melden aus Potsdam: In dem Bureau des von den Selbstschutzorganisationen her bekannten Justizsekretärs Oppermann erschien Dienstag abend ein Mann, der Unterstützung und Reisegeld erbat. Er befinde sich auf der Flucht und sei der Leutnant Kurt Hütter und der Mörder Erzbergers. Oppermann benachrichtigte die Polizei. Der Mörder ließ sich ruhig festnehmen. Seine Personalbeschreibung findet sich annähernd aus dem Signalement eines der Mörder.

Oltwig von Hirschfelde nicht in Freiheit.

Oltwig von Hirschfelde befindet sich nicht in Freiheit, wie berichtet worden ist. Der Haftbefehl gegen ihn ist zwar aufgehoben, aber er verbüßt nun den Rest der Strafe wegen seines Attentats auf Erzberger. Seit dem 10. d. M. ist er wieder eingezogen.

Neue Hölzprozesse.

Die kürzlich durch die Presse gegangene Meldung, daß die Verteidigung von Hölz die Wiederaufnahme des Verfahrens betreibe und daß die preußischen Justizbehörden dieser Wiederaufnahme nichts in den Weg legen würden, hat dazu geführt, daß erneut die Frage aufgeworfen wird, ob Hölz

SLUB Wir führen Wissen.